

FUSION BEIDER BASEL  
29.09.14 von Matthias Zehnder

## Partnerschaft statt Heirat

ANALYSE Basel-Stadt will die Fusion, Baselland lehnt sie aber deutlich ab.

von Matthias Zehnder



**Basel-Stadt will die Fusion, Baselland lehnt sie aber deutlich ab.**

Quelle: Marcel Szerdahelyi

Der Stadtkanton will heiraten, doch die landschaftliche Braut will davon nichts wissen: 55 Prozent der Stimmenden in der Stadt sagen «Ja» zur Fusionsinitiative, auf dem Land lehnen 68 Prozent der Stimmenden diese ab. Keine einzige Landgemeinde hat die Initiative angenommen.

Das Resultat lässt an Deutlichkeit also nichts zu wünschen übrig, auch wenn die Stimmbeteiligung mit 52 Prozent in der Stadt und 53 Prozent auf dem Land für eine solche «Generationenabstimmung» nicht eben hoch war. In beiden Halbkantonen hat sich knapp die Hälfte der Bevölkerung nicht dafür interessiert, wie es mit ihrem Kanton weitergeht.

Die Frage ist bloss: Wie geht es jetzt weiter? Denn die Landschaft hat den Heiratsantrag der Stadt zwar heftig abgelehnt, die beiden Halbkantone leben aber längst im Konkubinat. Und es ist nicht eben förderlich für eine Wohngemeinschaft,

wenn einer der Partner den anderen so heftig und so emotional ablehnt, wie das weite Kreise der Landschaft im Abstimmungskampf gemacht haben. Ausziehen aus der gemeinsamen Wohnung ist keine Option. Die beiden Basel sind existenziell aufeinander angewiesen. Sie seien «siamesische Zwillinge», erklärte der Basler Regierungspräsident Guy Morin gestern.

Die Partnerschaft zwischen beiden Basel ist zwar im Abstimmungskampf immer von allen Seiten bekräftigt worden, trotzdem ist sie jetzt zwei konkreten Gefahren ausgesetzt: Trotz und Abwendung.

In der Stadt besteht die Gefahr der Trotzreaktion gegen jene Landschaftler, welche die Stadt in den letzten Wochen schlecht geredet haben. Die Emotionen gingen zuweilen arg hoch auf dem Land. So hoch, dass immer mehr Städter sagten: Mit so unflätigen Landschaftlern wollen wir gar nichts zu tun haben. Die hochgekochten Gefühle müssen sich jetzt hüben wie drüben wieder abkühlen. Es muss Friede einkehren unter dem gemeinsamen Dach, sonst wird das Zusammenleben rasch sehr mühsam.

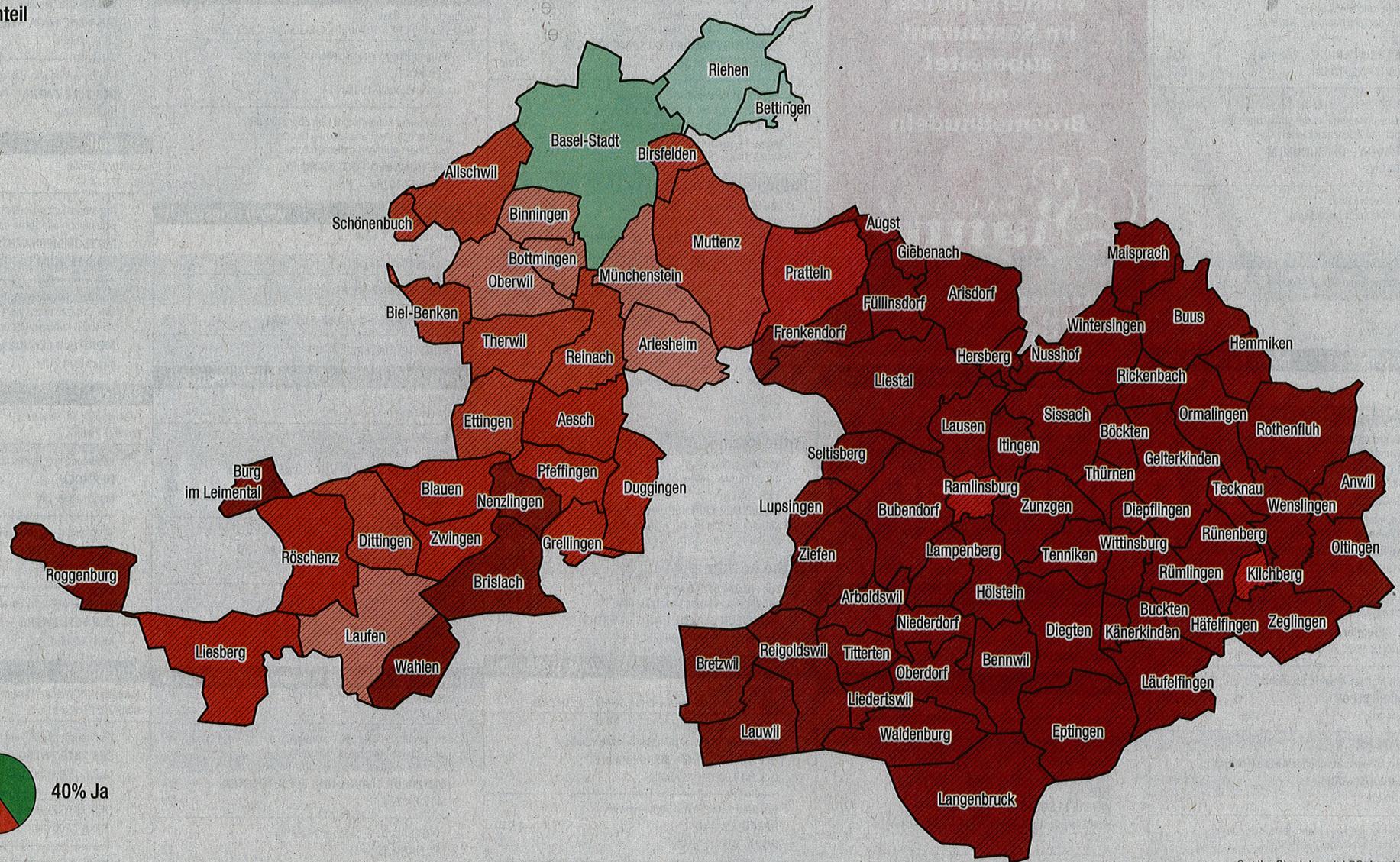
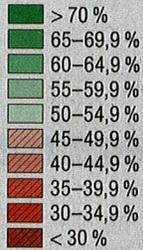
Auf dem Land besteht die Gefahr der Abwendung von der Stadt. Schön, dass die Baselbieter ihren Kanton gern haben. Das löst aber in der Sache kein einziges Problem. Im Abstimmungskampf haben die Gegner einer Fusion immer beteuert, die Zusammenarbeit werde nicht infrage gestellt. Gestern hiess es bereits, man erwarte, dass die Baselbieter Regierung der Stadt gegenüber jetzt härter auftrete und die Interessen der Baselbieter Bevölkerung besser vertrete.

Wenn Stadt und Land sich künftig mehr um sich selbst kümmern, wird die Region als Ganzes verlieren. Stadt und Land gehören zusammen, ob fusioniert oder nicht. Die Stadt hat ohne Land keine Zukunft und das Land nicht ohne Stadt. Wenn die Landschaft partout nicht heiraten will, dann leben sie halt weiter im Konkubinat. Vielleicht wäre es aber klug, das Zusammenleben mit einem Konkubinatsvertrag abzusichern.

(bz Basel)

# Der Abstimmungsgraben zwischen Stadt und Land

## Ja-Stimmen-Anteil



## Schlussresultat:



Quelle: Staatskanzlei BS, Landeskantlei BL

**Basel/Liestal.** Die Sache könnte klarer nicht sein. Der Stadtkanton allein hat dem Gegenvorschlag zur Fusions-Initiative zugestimmt. Auf der Landschaft haben alle Gemeinden die Vorlage verworfen, wobei die Nein-Mehrheiten mit wachsender Distanz zur Stadt tendenziell zunehmen. Sie reichen von 55,90

Prozent in Binningen bis zu 95,74 Prozent in Liedertswil. Anders als 1969 war dieses Mal keine Gemeinde ohne Ja-Stimmen zu verzeichnen. Die Staatskanzlei und die Landeskantlei haben ein «fusi- oniertes Schlussresultat» mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 60 Prozent ausgewiesen. Gu/td Grafik BaZ/mm

# Basel hat sich einen Korb geholt

In Basel-Stadt herrscht kein Fusionsfieber, nur 55 Prozent haben Ja gesagt

Von Nina Jecker

**Basel.** «Die Befürworter haben trotz dem Sieg eine Niederlage eingefahren», kommentierte SVP-Grossrat und Fusionsgegner Joël Thüring gestern das Abstimmungsresultat zur Prüfung einer Wiedervereinigung von Stadt und Land. «Dieses Ja ist fast schon ein Nein.» Er sage das nicht, weil er sich als Verlierer das Resultat schönreden wolle. Aber selbst er als erklärter Gegner einer Fusion habe mit einem deutlicheren Ja gerechnet. Das nun erreichte Resultat sei weit entfernt davon, eine deutliche und zukunftsweisende Meinungsäusserung des Volkes zu sein. «Dafür bräuhete es schon um die 60 oder sogar 70 Prozent Zustimmung», findet Thüring.

LDP-Grossrätin Patricia von Falkenstein ist zwar Mitglied des Pro-Komitees «Ein Basel». Sehr optimistisch, was die gestrige Abstimmung angeht, war sie zwischenzeitlich nicht. Eine Zeitlang habe sie Angst gehabt, dass es in Basel-Stadt als Reaktion auf die staken Nein-Stimmen im Vorfeld aus dem Baselbiet ebenfalls zu einer Ablehnung kommen könnte. Entsprechend erleichtert zeigte sich die Politikerin gestern bei der Verkündung der Zwischenresultate (siehe Tabelle Seite 11). «Ich bin sehr froh über dieses Signal. Es zeigt, dass wir in der Stadt offen sind und keine Berührungssängste haben, auch bei Themen, bei denen es schwierig werden könnte», sagt von Falkenstein.

Auch Regierungspräsident Guy Morin spricht von einem wichtigen Zeichen. Selbst wenn die Baselbieter die Vorlage deutlich abgeschmettert haben. «Es zeigt, dass wir in der Stadt nicht selbstgefällig sind.» Das sei trotz dem negativen Gesamtergebnis wichtig. «Denn die Stadt und das Land wollen und müssen in vielen Bereichen stärker zusammenarbeiten», so Morin. Dass das Resultat in der Stadt nicht so deutlich wie erhofft ausgefallen ist, habe unter anderem an der emotional

geführten Abstimmungskampagne der Gegner im Baselbiet gelegen. «Die haben mit Ellbogeneinsatz gegen Basel-Stadt Werbung gemacht. Da haben sich viele halt gefragt, warum wir um das Land werben sollen, die wollen uns ja anscheinend gar nicht.»

Auch von Falkenstein und Thüring sind überzeugt: Die Nein-Kampagne im Baselbiet hat das Resultat in der Stadt beeinflusst. Als zweiter Punkt habe die Zusammensetzung des Verfassungsrats die Begeisterung gedämpft. «Dass die Sitze nicht zu gleichen Teilen verteilt werden sollten, kam in Basel-Stadt nicht gut an», sagt Morin.

## Wie noch zusammenarbeiten?

Die Gegner und Befürworter in der Stadt sind sich in einem Punkt einig: Jetzt muss die Zusammenarbeit der beiden Halbkantone intensiviert werden. Das findet auch «Ein Basel»-Mitglied und Parlamentarierin Martina Bernasconi (grünliberal). Sie spricht aus, was die anderen Städter wohl nur denken: «Wie eine Zusammenarbeit nach dieser Kampagne und diesem Resultat aus dem Baselbiet überhaupt noch möglich sein soll, ist mir zum jetzigen Zeitpunkt ein Rätsel», sagte sie. Sie denke da beispielsweise an die Nein-Plakate, auf denen die Städter das Land mit einem Schleckstängel locken, hinter dem Rücken aber einen Holzhammer verstecken. «Das war unterste Schublade. Besonders schmerzt mich, dass selbst die stadtnahen Agglomerationsgemeinden allesamt Nein gesagt haben.»

Was die Zukunft angeht, so müssen jetzt die Fusionsgegner ihr Versprechen einlösen und die im Wahlkampf versprochene, engere Zusammenarbeit angehen. «Ich fühle mich nach diesem Resultat nicht in erster Reihe dafür verantwortlich», so Bernasconi. Regierungspräsident Guy Morin zeigte sich gestern pragmatisch und kooperationsbereit. «Eine engere Zusammenarbeit ist schlicht unumgänglich.»

## Zitate

«Man sah es bei der Verkündung der Resultate in Basel-Stadt in den Gesichtern: Für die Befürworter sind die erreichten Ja-Stimmen kein richtiger Erfolg.»

Joël Thüring, SVP, Grossrat, Basel

«Nach diesem Ergebnis aus dem Baselbiet und der aggressiven Kampagne im Vorfeld ist es mir ein Rätsel, wie die Kooperation von Stadt und Land künftig funktionieren soll. Wie will man mit Menschen, die so denken, zusammenarbeiten?»

Martina Bernasconi, GLP, Grossrätin, Basel

«Als Zeichen aus der Stadt ist das Ja trotzdem wichtig. Es zeigt, dass wir Städter nicht selbstgefällig sind.»

Guy Morin, Grüne, Regierungspräsident, Basel

«Es ist das Resultat, das ich erwartet habe, nur halt etwas deutlicher.»

Anton Lauber, CVP, Regierungsrat, Baselland

«Ich habe mich von Anfang an klar positioniert. Ich nehme daher das Resultat mit Enttäuschung zur Kenntnis.»

Urs Wüthrich, SP, Regierungsrat, Baselland

«Das ist eine Riesenüberraschung. Mit diesem Resultat habe ich nie gerechnet. Und Gott sei Dank ist es so einheitlich.»

Christian Miesch, SVP, Nationalrat, Titterten

«Ich bin glücklich, dass im Baselbiet keine neuen Gräben aufgebroschen sind. Jetzt ist die Gelegenheit gekommen für eine neue Kooperation, so wie ich sie in meiner Initiative vorgeschlagen habe.»

Hans Rudolf Gysin, alt Nationalrat, FDP, Pratteln

# Bekenntnis zum Kanton Baselland

Wuchtiges Nein in allen Gemeinden zum Verfassungsrat für einen Kanton Basel

Von Thomas Dähler

**Liestal.** In dieser Höhe war das Resultat nicht erwartet worden: Der Kanton Baselland hat am Wochenende mit 68,3 Prozent Nein-Stimmen die nachgebesserte Variante der Fusions-Initiative abgelehnt. Sämtliche Gemeinden im Kanton sprachen sich dagegen aus, in einem Verfassungsrat die Grundlage für einen neuen Kanton Basel zu erarbeiten. Das Nein zum ersten Schritt Richtung Kantonsfusion war in allen Gemeinden deutlich. Selbst in der als fusionsfreundlich geltenden Unterbaselbieter Gemeinde Arlesheim fiel mit 56,2 Prozent Nein ein klarer Entscheid gegen die Aufgabe der Selbstständigkeit. Im Oberbaselbieter Ort Liedertswil konnten sich gar nur vier von 94 Stimmentenden für einen Grosskanton Basel erwärmen. Die Stimmbeteiligung lag durchschnittlich bei 52,5 Prozent, leicht höher als bei den übrigen Vorlagen.

Das wuchtige Nein im ganzen Kanton ist ein eindrückliches Bekenntnis der Bevölkerung zu ihrem Kanton. Das Resultat steht in einem krassen Gegensatz zur gespaltenen politischen Elite des Kantons. Im Landrat war die Fusionsfrage zu einer Links-rechts-Auseinandersetzung verkommen, bei der die rot-grünen Vertreterinnen und Vertreter die Situation des Kantons als schlecht bis katastrophal bezeichneten und nahezu einhellig für einen Verfassungsrat eines fusionierten Kantons plädierten. Das Volk sieht dies offensichtlich nicht so – und zwar einhellig von den stadtnahen Gemeinden bis ins Oberbaselbiet und die abgelegenen Gemeinden des Laufentals. Die rot-grüne Ja-Parole wurde nicht befolgt. Auch Gemeinden, die bei den letzten Nationalratswahlen mehrheitlich rot-grün wählten, erteilten dem Fusionsbegehren eine deutliche Abfuhr: etwa Birsfelden (61,3 Prozent), Pratteln (67,8), Frenkendorf (74,0), Liestal (70,1) oder Sissach (75,4).

Die Baselbieter Regierung stellte die Fortsetzung der «vertieften Partnerschaft mit Basel-Stadt» ins Zentrum ihrer Reaktion auf das Abstimmungsresultat. «Das Resultat ist ein Bekenntnis zur Eigenständigkeit und kein Votum gegen Basel-Stadt», sagte Regierungspräsident Isaac Reber. Doch eine Fusion sei mit dem Ergebnis auf absehbare Zeit vom Tisch. Erfreut sei die Regierung, dass «keine Differenzen und Gräben» im Kanton auszumachen seien.

## Schlechte Verlierer

Unter den Verlierern der Fusionsabstimmung gab es gestern einige, die die Bevölkerung gestern mit happigen Vorwürfen eindeckten. Gemäss der Vereinbarung für eine starke Region ist das Nein auf eine «rückwärtsgewandte Angstkampagne» zurückzuführen, wie es im Communiqué heisst. Und laut der Juso Baselland «hat die Angst- und Einschüchterungskampagne der rechtskonservativen Kräfte funktioniert». Gemässigt reagierte die SP, die von den Abstimmungssiegern den Tatbeweis der vertieften Partnerschaftspolitik einforderte. Klaus Kirchmayer, Galionsfigur der Initianten, wies auf den Graben zwischen den beiden Kantonen hin, der bei einer vertieften Zusammenarbeit eine neue Schwierigkeit darstelle.

Die Abstimmungssieger feierten gestern im Landratsgebäude in gelöster Stimmung mit Baselbieter Fahnen und Gesängen. Oskar Kämpfer, Präsident von Pro Baselbiet, freute sich vor allem, dass es im Kanton nicht zu den vorausgesagten Unterschieden zwischen Unter- und Oberbaselbiet gekommen ist. Aus dem Komitee sei eine Volksbewegung entstanden, bilanzierte «Pro Baselbiet» in ihrem Communiqué. Sowohl die FDP als auch die SVP bekannten sich in ihren Communiqués zur Fortsetzung der «gelebten Partnerschaft» in der Nordwestschweiz, erwähnten dabei den Kanton Basel-Stadt aber nicht als exklusiven Partner.

## Die unterschiedlichen Sieger von Basel und Liestal



**Sieger von Liestal.** Das Komitee «Pro Baselbiet» mit Gründerpräsident Hans A. Jenny (2.v.l.) stimmt im Regierungsgebäude des Baselbieter Lied an.



**Applaus.** Fusionsfans, darunter Guy Morin und Elisabeth Schneider-Schneiter.



**Erleichtert.** Die Regierungsräte Pegoraro und Weber freuen sich. Fotos Lucian Hunziker

## Vieles ist anders als im Jahr 1969

Weniger Interesse im Baselbiet

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Eine Gemeinsamkeit weisen die beiden Fusionsabstimmungen vom Wochenende und von 1969 auf: Beide Male wurde die Wiedervereinigung im Baselbiet abgelehnt und im Kanton Basel-Stadt angenommen. Doch sehr viel mehr Gemeinsamkeiten sind nicht auszumachen. Zwar war diesmal die Stimmbeteiligung in Basel-Stadt mit 52,45 Prozent sogar leicht höher als vor 45 Jahren, dafür ist sie im Baselbiet regelrecht eingebrochen – von damals 76 auf noch 52,52 Prozent.

Dies deutet darauf hin, dass das Interesse an der Fusionsfrage bei der Baselbieter Stimmbürgerschaft erheblich abgenommen hat und daher viele auf eine Stimmabgabe verzichtet haben. Die Wellen gingen allenfalls bei Politikern hoch, aber kaum im Volk.

## Von null auf vier

Erheblich zugenommen hat dagegen im Baselbiet der Nein-Stimmen-Anteil. Standen 1969 noch gut 59 Prozent Nein-Stimmen einem Ja-Anteil von gut 40 Prozent gegenüber, so betrug der Nein-Anteil diesmal sagenhafte 68,33 Prozent. Und der 1969 noch befürwortende Bezirk Arlesheim hat mittlerweile auch ins Nein-Lager gewechselt.

Andererseits gibt es inzwischen keine «fusionistenfreie» Gemeinde mehr im Kanton Baselland. 1969 noch war in Hersberg keine einzige befürwortende Stimme zu verzeichnen. Mittlerweile kann die Gemeinde Liedertswil (Tschoppenhof) den Nein-Rekord (95,74%) für sich beanspruchen. Aber auch dort haben immerhin noch vier mit Ja gestimmt.

## Baselland begräbt Fusionsplan

**Land lehnt Fusionsinitiative mit deutlicher Mehrheit ab / Enttäuschung bei Befürwortern / Weg der Wahl ist vertiefte Kooperation.**



Die Fusion bleibt ein Traum – zumindest auf absehbare Zeit. Foto: ZVG

BASEL/LIESTAL. Eine Wiedervereinigung beider Basel bleibt bis auf weiteres aufgeschoben. Zwar haben die Stimmberechtigten in Basel-Stadt die Einleitung eines Fusionsverfahrens und die Einsetzung eines Verfassungsrates bei einer Wahlbeteiligung von 52,5 Prozent mit 54,9 Prozent befürwortet; im Baselbiet aber sprach sich bei einer Beteiligung von ebenfalls 52,5 Prozent eine klare Mehrheit von 68,3 Prozent gegen das Vorhaben aus. Auch wenn es noch nicht um eine Fusion als solche ging, wäre für eine Annahme ein Ja beider Kantone nötig gewesen.

In Basel-Stadt wurde die Aufnahme eines Fusionsartikels in die Kantonsverfassung mit 29 607 zu 24 308 Stimmen befürwortet; in Baselland sagten die Wähler und Wählerinnen jedoch mit 65 675 zu 30 436 Stimmen Nein. Das ist angesichts der vor allem Baselbiet verbreiteten Skepsis gegenüber einer Fusion aber keine wirkliche Überraschung – obwohl

der zur Wahl gestellte Verfassungsartikel zunächst nur die Wahl eines gemeinsamen Verfassungsrats vorgesehen hatte. Über die Verfassung für einen Kanton Basel wäre später erneut abgestimmt worden. Mit diesem Ergebnis sind die Vorlage und dieser Plan aber gescheitert.

Auf Basis der Entscheidung werde Baselland die vertiefte Partnerschaft mit Basel-Stadt, wie angekündigt, weiter verfolgen, kommentiert die Baselbieter Regierung das Ergebnis. Der Regierungsrat sei überzeugt, dass die Weiterentwicklung der Partnerschaft mit Basel, aber auch mit anderen Nachbarkantonen und dem angrenzenden Ausland, "der richtige und zukunftsweisende Weg" sei. Das "einheitlich Ergebnis", mit einem Nein in allen fünf Bezirken, also auch im direkten Basler Umland, sei "als klares Bekenntnis zur Eigenständigkeit des Kantons zu werten" und stärke dessen Zusammenhalt, befindet die Regierung in Liestal weiter. Der bereits ausgearbeitete Plan für eine "vertiefte Partnerschaft" sehe vor, mit Basel-Stadt nun in verschiedenen Feldern kantonsübergreifende Ziele und strategische Stoßrichtungen festzulegen. Für das Baselbiet stünden dabei die Bereiche Mobilität, Raumentwicklung, Wirtschaftspolitik, Bildung, Kultur und Sport, Gesundheit und öffentliche Sicherheit im Fokus. Intention sei ein "zukunftsfähiger, wirtschaftlich prosperierender Lebens- und Arbeitsraum der Region Basel."

Die Sozialdemokratische Partei (SP) Baselland zeigt sich in einer Mitteilung dagegen "enttäuscht", dass die Region keine Chance erhalte, "sich eine neue politische Gestalt zu verpassen". Zu einer konstruktiven, kooperativen Politik gebe es aber keine Alternative. In der Pflicht seien da vor allem die, die die Fusion mit dem Argument bekämpft haben, stattdessen die Partnerschaft zu vertiefen. Nun sei der Beweis dafür gefordert, betont die SP. Auch die Basler Grünen bedauern das "deutliche Nein" im Baselbiet. Offensichtlich habe die emotionale Kampagne der SVP viele Stimmberechtigte verunsichert. Nun müssten die Fusionsgegner beweisen, dass ihr Beschwören der Partnerschaft nicht nur Worthülsen seien. Die Grünen jedenfalls seien überzeugt, dass die Region Basel nur mit "modernen politischen Strukturen erfolgreich bleiben" könne.

Auch der Gewerbeverband Basel-Stadt und die Handelskammer beider Basel, die sich im Vorfeld für die Fusion stark gemacht hatten, blasen in dieses Horn. Mit dem klaren Nein im Baselbiet sei die Chance auf ein schlankeres Staatsgebilde und weniger Hürden für den Mittelstand verpasst worden, lässt sich Gewerbeverbandspräsident Marcel Schweizer per Mitteilung zitieren. In der emotional aufgeladenen Debatte hätten sachliche Argumente aber einen "schweren Stand" gehabt. Der Verband werde sich nun auf anderen Wegen für eine Reduzierung der Regulierungsdichte und einen schlankeren Staat einsetzen. Auch die Handelskammer weist daraufhin, dass die Kantone trotz des Neins und fortbestehender Kantonsgrenzen gemeinsame Interessen hätten und weiter eng kooperieren müssten. Diese

Prozesse gelte es, "offen und ohne Misstrauen mit aller Kraft anzupacken." Aus Sicht der Kammer müssten künftig vor allem die Planung, Koordination und Realisierung kantonsübergreifender Projekte vereinfacht, beschleunigt und entpolitisiert werden. In beiden Kantonen brauche es eine Gesetzesänderung, die neben den Verfahren auch die Schaffung von Partnerschaftskonti vorsehe, auf die die Regierungen zurückgreifen können, so Franz Saladin, Direktor der Handelskammer beider Basel.

Das Baselbieter Nein sei "enttäuschend", kommentiert auch der Geschäftsführer des Vereins für die Kantonsfusion Oliver Thommen in einer Mitteilung. Es sei, trotz der drängenden Herausforderungen, vor denen beide Kantone stünden, "nicht gelungen, mit sachlichen Argumenten durchzudringen". Der Verein "Ein Basel" werte das Abstimmungsresultat aber auch als klares Bekenntnis für eine vertiefte Partnerschaft in der Region. Es sei nun aber auch wichtig, dass nach dem teilweise sehr emotional geführten Abstimmungskampf eine Versöhnung angestrebt werde. Vor allem die Fusions skeptiker stünden in der Verantwortung, die unbürokratische Vertiefung der Partnerschaft mit Leben zu füllen.

## «Jetzt nehmen wir die Gegner beim Wort»

Von Thomas Gubler. Aktualisiert am 29.09.2014

**Die deftige Abstimmungsniederlage ist laut Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP) auf eine Nein-Kampagne mit Falschaussagen zurückzuführen. Sie pocht nun auf eine vertiefte Kooperation mit dem Stadtkanton.**



Die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter ist enttäuscht über die Abstimmungsniederlage.

**Frau Schneider, an der Deutlichkeit des Neins zur Fusion beziehungsweise zur Prüfung derselben gibt es nichts zu deuteln. Sind Sie als Präsidentin der Vereinigung für eine starke Region enttäuscht?**

Ich habe mit einem Nein gerechnet. Die Gegner waren ja auch sehr laut. Und angesichts dieser starken Opposition gelangten viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Auffassung, dass es sich nicht lohnt, einen Fusionsprozess in Gang zu setzen. Diese Stimmen im Verein mit den eigentlichen Fusionsgegnern und denjenigen, die einem grösseren Verband, einem Kanton Nordwestschweiz, den Vorzug geben, haben schliesslich zu diesem hohen Nein-Anteil geführt.

**Man konnte zu keinem Zeitpunkt so etwas wie eine Ja-Welle ausmachen. Haben die Befürworter etwas falsch gemacht?**

Nein, das glaube ich nicht. Reformprozesse sind immer schwierig, aufwendig und langwierig,

wesentlich schwieriger jedenfalls als beispielsweise die Fusion zweier Unternehmungen. Es ist immer einfacher, etwas Bestehendes zu bewahren, als etwas Neues anzustossen. Und vielleicht traut man es den beiden Basel im Moment auch schlicht nicht wirklich zu, einen solchen Prozess bewältigen zu können und genügend geeignete Leute für einen Verfassungsrat zu finden.

**Emotionen waren vor der Abstimmung fast nur bei den Gegnern festzustellen. Fehlte den Befürwortern das Feu sacré?**

Die Fusionsbefürworter hatten die Absicht, bewusst nicht mit dem Bauch zu arbeiten, sondern mit sachlichen und rationalen Argumenten. Denn eigentlich hatte die Gegnerschaft kaum gute Argumente auf ihrer Seite und daher vorwiegend mit falschen wie höhere Steuern, höhere Krankenkassenprämien und mehr Bürokratie operiert. Vielleicht hätten wir tatsächlich den Bauch mehr ansprechen müssen. Allerdings legt die für eine so essenzielle Frage relativ bescheidene Stimmbeteiligung den Schluss nahe, dass die Leute nicht wirklich zu motivieren waren.

**Nach dem Nein kommt automatisch die Frage, nach dem «Wie weiter?». Die Regierung sieht in diesem Resultat ein Ja zur Eigenständigkeit, aber kein Nein zur Stadt. Entsprechend hat sie sich bereits klar für eine vertiefte Zusammenarbeit mit Basel-Stadt, aber auch mit anderen Partnern ausgesprochen.**

Das freut mich natürlich, wenn das Nein sich nicht gegen die Stadt richtet. Nur, eigenständig sind wir ja längst nicht mehr. Wenn man 130 Zusammenarbeitsverträge mit der Stadt abgeschlossen hat, einen grossen Teil des Steuersubstrats in der Stadt verdient und dann via Finanzausgleich ins Oberbaselbiet befördert, dann kann man allenfalls noch von einer Alibieigenständigkeit reden. Immerhin etwas haben wir aber mit dieser Abstimmung erreicht: nämlich ein klares Bekenntnis der Regierung und der konservativen politischen Kräfte zur Partnerschaft. Das ist zumindest ein Etappenziel.

**Und diese Kräfte wollen Sie jetzt beim Wort nehmen?**

Selbstverständlich nehmen wir die Fusionsgegner, die schliesslich immer auf die Partnerschaft verwiesen haben, jetzt beim Wort.

**Die Regio-Kooperations-Initiative von Hans Rudolf Gysin kommt demnächst in den Landrat. Machen Sie da mit?**

Natürlich. Ich habe Gysin angeboten, ins Co-Präsidium einzutreten. (Basler Zeitung)

# Neue Zürcher Zeitung

Keine Basler Fusion

## Es fehlt die Verwegenheit

Daniel Gerny Montag, 29.9.2014



Im Kanton Basel-Landschaft ist die Fusion beider Basel auf breite Ablehnung gestossen.

Grenzen sind die Narben der Geschichte: Nirgendwo in der Schweiz zeigt sich dies an diesem Wochenende so deutlich wie in Basel. Der blosser Versuch, ein Verfahren zur Wiedervereinigung der 1833 blutig getrennten Kantone einzuleiten, hat Schiffbruch erlitten. Fast schien es im Abstimmungskampf, als seien sich die beiden Kantone heute so fremd wie seit langer Zeit nicht mehr. Selbstbild, Dynamik, politische Kultur – in vielen Bereichen haben sie sich seit ihrer Entstehung unterschiedlich entwickelt. Die Fusionsdebatte bot Gelegenheit, gut eingespielte Animositäten zu pflegen.

In den letzten Jahren haben es die beiden Kantone aber auch verstanden, ihre Kooperation pragmatisch so zu intensivieren, dass eine Partnerschaft entstand, die schweizweit beispielhaft funktioniert. Eine dringende Notwendigkeit zur Wiedervereinigung besteht nicht. In dieser Lage genügt es nicht, ein

Volksbegehren für eine Fusion zu lancieren und zu hoffen, dass die Dinge von alleine in Bewegung kommen.

Ein Fusionsverfahren hätte die Verwegenheit erfordert, eine schon heute pulsierende Region frisch voranbringen zu wollen und Gewohnheiten und Privilegien couragiert aufs Spiel zu setzen. Dafür fehlten in dieser blutleeren Kampagne – sowohl auf dem Land als auch in der Stadt – der Spirit, ausstrahlungsstarke Köpfe und die Begeisterungsfähigkeit.

Doch Basel ist kein Sonderfall. Hier spielt sich nur ab, was sich schweizweit zeigt: Die Differenzen zwischen den Kernstädten und den ländlicheren Gebieten werden in politischer und kultureller Hinsicht grösser. Das zeigt sich nicht nur in eidgenössischen Abstimmungen, sondern auch in kantonalen Parlamenten oder in der Diskussion über den Finanzausgleich. Diese Kluft bremst das Land. Die Basler Fusionsdebatte – sie hat verdeutlicht, vor welchen Herausforderungen die Schweiz steht.